



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

STAAT VERDIENT AN STEIGENDEN STROMPREISEN KRÄFTIG MIT

22.04.2009 Fachinformation

Die staatlichen Belastungen am Strompreis für Haushalte sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen und liegen heute mehr als doppelt so hoch wie 1998 zu Beginn des Wettbewerbs im Strommarkt: Der Betrag für Steuern und Abgaben wuchs von zwölf auf knapp 26 Euro im Monat. Damit gehen im Bundesdurchschnitt rund 40 (1998: 25) Prozent der Stromrechnung eines Drei-Personen-Musterhaushalts an den Staat. Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) berechnete, zahlte ein Drei-Personen-Musterhaushalt Anfang April 2009 durchschnittlich gut 67 Euro im Monat für Strom. Das waren etwa sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Grund hierfür wäre vor allem die Entwicklung der Großhandelspreise an der Strombörse, wo die meisten Unternehmen den Großteil des Stroms für Haushaltskunden ein bis zwei Jahre im Voraus beschafften, so der Verband. Eine Trendwende bei den Haushaltsstrompreisen könnte es ab Anfang nächsten Jahres geben. Wenn die Großhandelspreise für Strom an der Börse weiter auf dem derzeitigen Niveau blieben, könnte dies zu niedrigeren Beschaffungspreisen für die Stromvertriebsgesellschaften und damit zu niedrigeren Strompreisen für die Haushaltskunden führen.

<https://bbu.de/beitraege/staat-verdient-steigenden-strompreisen-kraeftig-mit>